

Wahlprüfstein Initiative 27. Januar e.V.

Ihre Frage	Unsere Antwort
<p>Abstimmungsverhalten der Bundesrepublik in der EU und UN</p>	
<p>Wie stehen Sie zum Ansatz deutscher Außenpolitik, gegen Israel gerichtete einseitige (auch vermeintlich abgemilderte) Resolutionen in den VN häufig mitzutragen oder sich zu enthalten? Müsste Deutschland nicht häufiger solche Resolutionen klar ablehnen, wie es auch andere EU-Staaten vormachen?</p>	<p>Als Beobachterstaat wenden sich Vertreter:innen der Palästinenser verstärkt an die Vereinten Nationen (VN). Sie können dabei mit der Unterstützung vieler sympathisierender Länder des globalen Südens rechnen. Für uns ist entscheidend, dass das Existenzrecht Israels nicht in Frage gestellt wird, Israel nicht einseitig politisch kritisiert wird und die Anliegen Israels in den Verhandlungen zu Resolutionen berücksichtigt werden. Hierfür setzt sich die sozialdemokratische Außenpolitik mit Nachdruck ein und stimmt gegebenenfalls auch gegen VN-Resolutionen. Gemeinsam mit den anderen EU-Mitgliedstaaten konnte in den vergangenen Jahren regelmäßig erreicht werden, dass Resolutionen, denen eine Mehrheit ohnehin sicher war, nur in deutlich abgemilderter Form angenommen wurden. Darüber hinaus muss die Behandlung des Nahostkonflikts in VN-Foren in angemessenem Verhältnis zu anderen Themen stehen. Deshalb lehnen wir zum Beispiel „Item 7“ des Menschenrechtsrats zur „Menschenrechtssituation in Palästina und anderen besetzten arabischen Gebieten“ als diskriminierend ab.</p>
<p>Terrorfinanzierung</p>	
<p>Sollte Deutschland seine direkte/indirekte finanzielle Unterstützung für die Palästinensische Autonomiebehörde und UNRWA daran koppeln, dass Terrorismus und Hetze gegen Israel (u.a. in Schulbüchern, durch die Verehrung von „Märtyrern“ und</p>	<p>Die SPD stellt sich Aufrufen zur Gewalt, Antisemitismus und der Leugnung des Existenzrechts entschieden entgegen. Wir erwarten, dass der Unterricht an UNRWA-Schulen zu Toleranz und Achtung der Menschenrechte beiträgt, und nehmen die angesprochenen Vorwürfe ernst. UNRWA muss nach entsprechenden Vorfällen die nach den eigenen Regularien möglichen und</p>

<p>Unterstützung der Familien von Attentätern) unterlassen wird?</p>	<p>notwendigen Maßnahmen konsequent ergreifen. Dies hat Außenminister Heiko Maas bei Gesprächen mit dem UNRWA-Generalkommissar Lazzarini klar angesprochen.</p> <p>Gleichzeitig besteht für die Beschulung der mehr als 530.000 palästinensischen Flüchtlingskinder auf absehbare Zeit keine vertretbare Alternative zu UNRWA. Eine Beendigung der Bildungsleistungen von UNRWA könnte unter anderem zur Folge haben, dass ein großer Teil der rund 280.000 UNRWA-Schülerinnen und Schüler in Gaza entweder überhaupt nicht mehr beschult oder die Schulbildung durch die Hamas oder dezentrale Religionsschulen übernommen würde. Wir unterstützen daher weiterhin das Mandat der VN-Generalversammlung für UNRWA.</p>
<p>Stellung zum Atomabkommen mit dem Iran</p>	
<p>Welche Position sollte Deutschland in Bezug auf die wieder aufgenommenen Verhandlungen zum (inzwischen eindeutig militärischen) Atomprogramm des Iran und angesichts der Bedrohungen durch das iranische Regime und seine regionalen Stellvertreter für den Nahen Osten und konkret für Israel einnehmen?</p>	<p>Das Existenzrecht und die Sicherheit Israels ist für uns unverhandelbar und ein grundlegendes sicherheitspolitisches Interesse Deutschlands. Wir setzen uns auch in Zukunft dafür ein, dass Iran niemals eine Kernwaffe entwickeln kann. Der Abschluss der Wiener Nuklearvereinbarung mit Iran (JCPoA) war in diesem Zusammenhang eine bedeutsame Errungenschaft der multilateralen Diplomatie. Die SPD begrüßt die Rückkehr der USA zur Diplomatie mit Iran bzw. die Aussicht auf eine Rückkehr beider Länder zur Einhaltung des JCPoA. Wir fordern Iran unverändert dazu auf, zentrale Schritte für die Entwicklung einer Kernwaffe – wie die Herstellung von bis zu 20 Prozent angereichertem Uran – zu unterlassen.</p> <p>Gemeinsam mit unseren internationalen Partnern und regionalen Akteuren müssen aber auch weiterreichende Sicherheitsanliegen im Zusammenhang mit Irans Raketenprogramm und Aktivitäten in der</p>

	Region, die die Sicherheit Israels bedrohen, verstärkt angegangen werden.
Anerkennung von Jerusalem als Hauptstadt Israels	
Sollte Deutschland – wie gegenüber allen anderen Staaten weltweit auch – die souveräne Entscheidung Israels, Jerusalem zu seiner Hauptstadt zu machen, anerkennen und seine Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem verlegen?	Wir sind überzeugt, dass es nachhaltige Sicherheit für das jüdische und demokratische Israel nicht ohne einen unabhängigen, lebensfähigen und demokratischen palästinensischen Staat geben kann. Daher tritt die SPD unverändert entschieden für eine Wiederbelebung des Friedensprozesses mit dem Ziel einer verhandelten Zweistaatenlösung ein. Teil einer Verhandlungslösung wird dabei auch der künftige Status von Jerusalem als geteilte Hauptstadt beider Staaten sein. Eine einseitige Veränderung des Status von Jerusalem – sei es von israelischer oder palästinensischer Seite – lehnen wir ab.
Antisemitismus-Bekämpfung in Deutschland	
Wie kann Deutschland die erzielten Fortschritte in der Antisemitismus-Bekämpfung, insbesondere die Ratifizierung der IHRA-Definition, des BDS-Beschlusses des Bundestages und die Schaffung der Stelle des Antisemitismus-Beauftragten der Bundesregierung, aus Ihrer Sicht sichern und weiter ausbauen?	Wir werden nachdrücklich gegen Antisemitismus und jegliche Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit vorgehen. Ein besserer Austausch und abgestimmtes Vorgehen, z. B. durch Schaffung einer Bund-Länder-Kommission, ist wichtig. Straftaten müssen konsequenter erfasst und geahndet werden, z. B. durch Einrichtung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften. Rechtsextremismus in Sicherheitsbehörden oder bei der Bundeswehr bekämpfen wir konsequent. Die Länder müssen dafür sorgen, dass zum Schutz jüdischer Einrichtungen ausreichende Mittel zur Verfügung stehen und das grundgesetzlich garantierte Versammlungsrecht nicht für rechte Demonstrationen an sensiblen Gedenktagen missbraucht wird. Antisemitismus stellt uns vor neue Herausforderungen bei der Aufarbeitung der NS-Verbrechen und der Shoa. Wir werden die wissenschaftliche Aufbereitung der Zeitzeugenberichte und des

	<p>Quellenmaterials zur NS-Zeit sowie kleine Initiativen und Gedenkorte besser unterstützen. Im ständigen Dialog müssen Bedürfnisse und Erwartungen jüdischer Gemeinschaften einbezogen werden.</p>
<p>Stärkung der Relevanz des Holocaust-Gedenkens</p>	
<p>Wie kann Deutschland Ihrer Meinung nach seiner kollektiven Verantwortung aus dem Holocaust gerecht werden und neue Formen des Erinnerns gefunden werden in Zeiten, in denen es immer weniger Überlebende gibt und das Gedenken zunehmend ritualisiert, relativiert oder gar diskreditiert wird?</p>	<p>Die SPD hat sich aus diesem Grund für ein neues Programm ‚Jugend erinnert‘ eingesetzt. Damit wollen wir Jugendliche ermutigen, sich kritisch mit dem Nationalsozialismus auseinanderzusetzen. Gezielt sollen damit Gedenkstätten, die bereits heute vorbildliche Arbeit leisten, unterstützt werden, ihre Bildungsprogramme auszubauen. Im Fokus stehen der grenzüberschreitende Austausch junger Menschen, die Kooperation von Gedenkstätten mit Bildungseinrichtungen, Jugendorganisationen und der öffentlichen Verwaltung sowie die Entwicklung innovativer digitaler Formate. Für die SPD ist klar: Wir stehen zu unserer Verantwortung, das Gedenken an die Opfer des Holocausts wachzuhalten und treten jeglicher Relativierung menschenverachtender Diktaturen entschieden entgegen. Im Oktober 2020 wurde auf Initiative der SPD zudem die Errichtung einer Dokumentations-, Bildungs- und Erinnerungsstätte zur Geschichte des Vernichtungskriegs der Nazis und der nationalsozialistischen Besatzungsherrschaft beschlossen. Sie soll über das geschehene Leid in Europa und Deutschland aufklären und den Nachkommen der Opfer Raum für Gedenken und Erinnerung geben.</p>
<p>1700 Jahren jüdisches Leben in Deutschland</p>	
<p>Was kann aus Ihrer Sicht zur Förderung des seit 1.700 Jahren bestehenden jüdischen Lebens in Deutschland sowie dem Ausbau der deutsch-israelischen Beziehungen –</p>	<p>Wir sind froh und dankbar, in Deutschland ein so lebendiges jüdisches Leben zu haben. Zahlreiche neueröffnete Synagogen, Ausbildungsstätten für Rabbinerinnen und Rabbiner, Kantorinnen und Kantoren und viele andere Einrichtungen zeugen davon. Das</p>

<p>auch regional und lokal – getan werden?</p>	<p>immer vielfältiger werdende Judentum wollen wir stärken und fördern, wo wir können. Bei allen Entscheidungen müssen im ständigen Dialog Bedürfnisse und Erwartungen jüdischer Gemeinschaften einbezogen werden. Hierzu gehört ein sensibler Umgang mit den Traditionen und Gepflogenheiten des Judentums. Bei Fragen von religiösen Feiertagen, Bildungsplänen in Schulen oder der Betreuung in Pflegeeinrichtungen und im Alter muss die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Judentum intensiviert werden.</p> <p>Zum Schutz jüdischer Einrichtungen müssen noch größere Anstrengungen unternommen werden. Die Bundesländer müssen dafür sorgen, dass ausreichende Mittel zur Verfügung stehen. Außerdem sind die Länder gefordert, dafür Sorge zu tragen, dass das grundgesetzlich garantierte Versammlungsrecht nicht für rechte Demonstrationen an sensiblen Gedenktagen wie dem 9. November oder dem 27. Januar missbraucht werden kann.</p>
<p>Israel-Bild junger Menschen in Deutschland</p>	
<p>Was kann aus Ihrer Sicht zur Verbesserung des Israel-Bildes junger Menschen in Deutschland getan werden, z.B. durch eine umfangreichere Finanzierung eines breit gefächerten deutsch-israelischen Jugendaustausches mit bestehenden sowie neuen Projekten?</p>	<p>Der Deutsch-Israelische Jugendaustausch hat eine lange Tradition. Zahlreiche junge Menschen haben das jeweils andere Land besucht, Freunde gefunden und Kontakte geknüpft, die beide Länder verbinden. Deshalb werden wir den bilateralen Jugendaustausch weiter stärken. Dazu gehört auch die weitere Ausgestaltung des beschlossenen Deutsch-Israelischen Jugendwerks.</p> <p>Wir erleben leider immer wieder, dass der Ton in unserer Gesellschaft rauer wird und Antisemitismus kein Problem der Vergangenheit ist. Darauf wollen wir klare und unmissverständliche Antworten geben. Dafür braucht es vor allem breit gefächerte Präventionsmaßnahmen, die von Kita über</p>

Schule und Jugendarbeit bis hin zu Berufs- und Hochschulen reichen.

Auch in Zeiten der Pandemie wollen wir Kontakte zu internationalen Partnern aufrechterhalten und digitale Austauschangebote ausweiten. Zentrales Ziel bleibt aber, dass der internationale Jugendaustausch mit persönlichen Begegnungen, sobald es die Lage erlaubt, sofort wieder anläuft.